

An die  
Mitglieder des  
Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT**

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 22. April 2024 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Bürgergeld-Sanktionen: Jobverweigerer in Rheinland-Pfalz“.**

**Begründung:**

In ihrer Pressemitteilung vom 10. April 2024 berichtete die Bundesagentur für Arbeit, dass im Jahr 2023 die Zahl der Leistungskürzungen auf Bundesebene auf 226.000 angestiegen ist, mit 84,5 Prozent der Fälle aufgrund des Nichterscheinens zu Terminen und 15.774 Fällen aufgrund der Weigerung zur Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit oder Ausbildung.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung gebeten, über die spezifische Situation in Rheinland-Pfalz zu berichten, insbesondere die Anzahl der Leistungsminderungen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2023 im Vergleich zu den bundesweiten Daten.